

Substanzielles Protokoll 82. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 21. September 2011, 20:30 Uhr bis 23:13 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Janine Rutz

Anwesend: 111 Mitglieder

Abwesend: Walter Angst (AL), Dr. Guido Bergmaier (SVP), Marc Bourgeois (FDP), Joachim Hagger (FDP), Christina Hug (Grüne), Bernhard Jüsi (SP), Andrew Katumba (SP), Alain Kessler (FDP), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP), Beatrice Reimann (SP), Catherine Rutherford (AL), Jean-Claude Virchaux (CVP), Urs Weiss (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 12. | 2011/188 | Weisung vom 01.06.2011:
Verwaltungsreform, Trimesterbericht I/2011 zu den
Globalbudgets | STR |
| 13. | 2011/129 | Dringliche Interpellation der Fraktionen SP, Grüne, GLP, CVP,
AL und 5 Mitunterzeichnenden vom 13.04.2011:
«Forum Innenstadt», Ziele und Ergebnisse betreffend den
Handlungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung der
Innenstadtquartiere | STP |
| 14. | 2011/263 | E/A Dringliches Postulat von Bernhard Piller (Grüne) vom
06.07.2011:
Abbruch der Geschäftsbeziehungen mit der Firma Rosatom | VIB |
| 15. | 2010/203 | A/P Dringliche Motion der Rechnungsprüfungskommission vom
21.04.2010:
Eigenleistungen der Stadt Zürich im Zusammenhang mit
Grossanlässen und Grossprojekten | FV |
| 18. | 2008/319 | E/A Postulat der CVP-Fraktion vom 02.07.2008:
Volksschule, Auszeichnungen für ausserordentliche schulische
Leistungen oder Projekte | VSS |
| 19. | 2008/320 | E/A Postulat der CVP-Fraktion vom 02.07.2008:
Renitente Schülerinnen und Schüler, Schaffung einer speziellen
Institution | VSS |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|---|-----|
| 20. | 2008/321 | E/A | Postulat der CVP-Fraktion vom 02.07.2008:
Sonderpädagogische Massnahmen, Abklärung und allfällige
Stellenschaffungen | VSS |
| 21. | 2008/324 | A | Postulat der CVP-Fraktion vom 02.07.2008:
Kinder, Umgang mit Gefahren | VSS |
| 22. | 2008/332 | A | Motion der CVP-Fraktion vom 02.07.2008:
Volksschule, Erhöhung der Anzahl Turnstunden | VSS |
| 23. | 2008/420 | A | Postulat von Ueli Brassler (SD), vertreten durch Christoph
Spiess (SD) und Christian Wenger (SD) vom 17.09.2008:
Volksschule, Erhalt der hiesigen Mundart | VSS |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

1754. **2011/188**
Weisung vom 01.06.2011:
Verwaltungsreform, Trimesterbericht I/2011 zu den Globalbudgets

Antrag des Stadtrats

Die Trimesterberichte per 30. April 2011 der Pilotabteilungen mit Globalbudget werden zur Kenntnis genommen.

Kommissionsreferent:

Dr. Urs Egger (FDP): *Die RPK hat den Trimesterbericht geprüft und der Verwaltung zu diversen Punkten Fragen gestellt, die zufriedenstellend beantwortet wurden. Die RPK bedankt sich dafür bei den entsprechenden Verwaltungsstellen und beantragt dem Gemeinderat einstimmig Kenntnisnahme des Trimesterberichts.*

Schlussabstimmung

Die RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Vakanz: 1 Sitz SP

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 93 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Trimesterberichte per 30. April 2011 der Pilotabteilungen mit Globalbudget werden zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 28. September 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

1755. 2011/129

Dringliche Interpellation der Fraktionen SP, Grüne, GLP, CVP, AL und 5 Mitunterzeichnenden vom 13.04.2011:

«Forum Innenstadt», Ziele und Ergebnisse betreffend den Handlungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung der Innenstadtquartiere

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Interpellation (STRB 709 vom 22. Juni 2011).

*Namens der AL-Fraktion nimmt **Dr. Richard Wolff (AL)** Stellung: Das Forum Innenstadt ist eine gute Sache und könnte als eine Art Pilotprojekt bezeichnet werden. Es wurde vom Quartierverein Riesbach angeregt, dem seine Initiative an dieser Stelle herzlich verdankt sein soll.*

Die Antwort des Stadtrats zeigt den Erfolg und die Notwendigkeit dieses Forums. Das Engagement des Stadtrats zur Abschöpfung des Planungsmehrwerts ist löblich und auch die geplante Beratungsstelle ist eine gute Idee. Leider fällt der Rest der Antwort aus Sicht der AL eher unbefriedigend aus, da es scheint, dass der Stadtrat die Lage noch nicht ernst nimmt. Unter anderem lässt er die Sensibilität für die Problematik der Verdrängung von alt eingesessenen Mietern vermissen. Der Stadtrat verweist in seiner Antwort immer wieder auf seine beschränkten Einflussmöglichkeiten, da auf kantonaler Ebene die rechtlichen Grundlagen fehlten. Vielmehr hätten wir erwartet, dass die Stadt aufzeigt, wo sie etwas unternehmen kann.

Schliesslich braucht es eine Politik, die die Verteuerung der Mieten in der Stadt ernst nimmt und auch aktiv dagegen vorgeht. Der Quartierverein Riesbach hat dazu einige Ideen vorgestellt. Vielleicht müssten sogar finanzielle Anreize geschaffen werden, damit Sanierungen nicht immer den Luxus-Standard zum Ziel haben. Seitens der Stadt muss unseres Erachtens unbedingt eine Datengrundlage geschaffen werden, die zeigt, wie gross die Verdrängung von alt eingesessenen Mietern wirklich ist. Diese Daten sind für eine fundierte Debatte unabdingbar.

Es braucht eine Politik zur Erhaltung von zahlbarem Wohnraum. Die Wohnbauinitiative und der Fonds zum Erwerb von Land und Liegenschaften sind ein erster Schritt in diese Richtung. Dieses Engagement der Stadt muss aber noch weiter ausgebaut werden.

Weitere Wortmeldungen:

***Dr. Urs Egger (FDP):** Die gehörten Ausführungen zeigen, dass der Bericht sowie die Problematik unterschiedlich bewertet und interpretiert werden können. Grundsätzlich ist aber festzuhalten, dass die soziale, demographische und funktionale Durchmischung der Stadtbevölkerung als gut zu bezeichnen ist.*

Als Seefeld-Anwohner hat mir der Bericht zudem aufgezeigt, dass der Begriff der «Seefeldisierung» nicht mehr zeitgemäss ist. Denn dieser Prozess findet in der ganzen Stadt statt. Der Stadtrat will auch in Zukunft an einem Anteil von 25 Prozent des gemeinnützigen Wohnungsbaus festhalten. Damit einher geht eine realistische Sichtweise der Situation, wie sie sich zurzeit darstellt. Gleichzeitig zeigt der Stadtrat damit die finanziellen Grenzen seines Engagements auf. Die private Wohnbautätigkeit darf nicht weiter eingeschränkt werden. Die FDP ist natürlich über eine mögliche Verankerung der Abschöp-

fung des Planungsmehrwerts auf kantonaler Ebene nicht gerade begeistert. Schliesslich ist es ihr erklärtes Ziel, dass die Privaten das verdichtete Bauen umsetzen sollen.

Jacqueline Badran (SP) schliesst sich der Meinung von Dr. Richard Wolff (AL) an. Sie verweist auf die Kantonsverfassung, worin festgehalten sei, dass der Kanton und seine Gemeinden die Aufgaben gemeinsam erfüllen. Der Kanton Zürich lege dabei aber nicht gerade ein grosses Mass an Kooperation an den Tag. Als Beispiel dafür nennt sie die durch den Bau des PJZ freiwerdenden Flächen. Daher verlange sie vom Stadtrat ein entschiedenes, klares und deutliches Vorgehen. Der Kanton lasse zudem ein Engagement im Bereich der Förderung des gemeinnützigen Wohnbaus vermissen. Ein Politbetrieb der Beratungsstelle von zwei bis drei Jahren sei zudem unrealistisch, da dieser mindestens fünf Jahre benötige. Dies sei aber natürlich nicht gratis zu haben. Aber die Stadt und der Kanton gäben so viel Geld für versteckte Subventionen aus, dass sie dieses Argument hier nicht gelten lassen könne. Der Wille, wirklich etwas unternehmen zu wollen, lasse sich aus dieser Antwort nicht ableiten.

Dr. Daniel Regli (SVP) bemerkt, dass der Stadtrat sehr wohl Geld ausbebe, um den Anliegen der linken Seite entgegenzukommen. Die Thematik der Verdrängung von alt eingesessenen Mietern sei zudem relevant. Der Stadtrat müsse schliesslich aber pragmatisch handeln. Es scheine ihm wichtig zu sein, dass in dieser Debatte Feindbilder abgebaut würden. Auch die Schwarz-/Weissmalerei sei nicht gerade hilfreich. Schliesslich müssten zusammen Lösungen gefunden.

Niklaus Scherr (AL) regt an, dass der Stadtrat sich ein Beispiel an einem privaten Magazin nehmen solle, das Daten zu den Abbrüchen und Neubauten in der Stadt erhoben habe. Er würde diese Daten lieber vom Stadtrat erhalten, auch bezüglich der Renovationen, als von einer privaten Illustrierten. Es sei beispielsweise bekannt, dass im Jahr 2000 etwa 15 000 Wohnung in der Stadt Zürich nicht dauerhaft bewohnt gewesen seien. Heute dürfte diese Zahl höher sein. Diese Wohnungen stünden vor allem in zentrumsnahen Quartieren und trügen nichts zur Wohnungsversorgung bei. Zudem mache er in der Antwort des Stadtrats eine gewisse verbreitete Mutlosigkeit aus. Es sei richtig, dass der Stadt in vielen Dingen die Hände gebunden seien. Aber es bringe nichts, die eigene Mutlosigkeit an die Mutlosigkeit und Frustration der Forumsteilnehmer zu koppeln. Aus diesem Grund sei es für ihn unverständlich, weshalb sich Stadtrat André Odermatt für einen Bau des Gefängnisses auf dem Areal des Güterbahnhofs stark gemacht habe. Ihm fehle bei der Verdrängungsproblematik überhaupt der Handlungswille der Exekutive.

Dominique Feuille (SP): Es ist für mich zynisch, wenn die FDP die Umverteilung von unten nach oben begrüsst und eine breite Bevölkerungsschicht als Verlierer abgestempelt wird. Schliesslich gibt der Gemeinderat vor, wie die Stadt sich entwickeln soll. Von Dr. Daniel Regli (SVP) würde ich zudem mehr Geradlinigkeit erwarten. Es kann nicht sein, dass er noch vor zwei Stunden ein Loblied auf die Familie singt und dann den Spekulanten Tür und Tor öffnet, sodass sich eine Familie mit einem verdienenden Elternteil keine Wohnung in Zürich mehr leisten kann.

Severin Pflüger (FDP): Es wurmt mich, wenn man der FDP vorwirft, sie sei für eine Umverteilung von unten nach oben und meine Partei als Abzocker bezeichnet. Der erste Vorwurf steht in keinem unserer Parteiprogramme und hat auch noch nie dort Einzug gefunden. Die FDP ist ursprünglich eine Partei der Basis. Für den Begriff Abzocker gibt es eine wunderbare Definition: Wenn ein Chef 12-mal mehr verdient als sein günstigster Mitarbeiter ist er ein Abzocker. In meiner Fraktion trifft diese Definition auf niemanden zu.

Dr. Daniel Regli (SVP): *Anscheinend haben Dominique Feuillet (SP) und ich ein unterschiedliches Familienbild. Ein Umzug ist aus meiner Sicht kein Weltuntergang. Denn eine Stadt verändert sich nun mal. Zudem lässt seine Aussage den Schluss zu, dass reiche Leute kein Familienleben haben können.*

Dr. Richard Wolff (AL): *Ich habe nicht bestritten, dass die Stadt jetzt noch über eine gute Durchmischung der Wohnbevölkerung verfügt. Nun droht dieses fragile Gleichgewicht aber zu kippen. Die laufende Entwicklung wird nicht nur die Klientel der Linken aus der Stadt verdrängen, sondern auch den ganzen Mittelstand.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch *versichert, dass der Stadtrat die Thematik der Durchmischung sehr ernst nehme. Diese sei im internationalen Vergleich mit anderen Städten ein hohes Gut, das nicht nur eine sehr hohe Lebensqualität, sondern auch andere positive Effekte nach sich ziehe. Es sei das oberste Ziel, diese Durchmischung auch in Zukunft zu gewährleisten. Da Handlungsspielräume dazu seien aber begrenzt.*

Der Stadtrat habe zudem signalisiert, dass er den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus in Zukunft auf zirka einen Drittel steigern möchte und bereit sei, entsprechende Schritte zu unternehmen. Allerdings könne dabei die Realität nicht ausser Acht gelassen werden. In Verhandlungen werde trotz fehlender rechtlicher Grundlage versucht, die Grundeigentümer zu Zugeständnissen zu bewegen, um die Durchmischung in allen Quartieren aufrechterhalten zu können. Zudem seien die Genossenschaften sehr wichtige Partner in der städtischen Wohnbaupolitik. Bei einem Anteil von 75 Prozent der Privaten am städtischen Wohnungsmarkt sei es aber logisch, dass die Einflussmöglichkeiten der städtischen Politik beschränkt seien. Die Stadt prüfe auch die Weiterführung solcher Foren, um den Ideenaustausch zu fördern und am Puls der Zeit zu sein. Schliesslich gehe es darum, die privaten Grundeigentümer in geeigneter Weise miteinzubeziehen.

Sie weist auch darauf hin, dass die Stadt noch nie Wohnungen als Zweitwohnungen vermietet habe. Dementsprechend handle es sich um private Anbieter, was einen Einfluss der Stadt auf diese Problematik fast verunmögliche.

Im Oktober erscheine die neuste Bevölkerungsbefragung, in deren Zusammenhang auch spezifische Fragen zur Wohnungsthematik gestellt worden seien. Zudem würden weitere Daten aufbereitet. Die bisher bereits erfolgten Auswertungen zeigten, dass zumindest ein Teil des privaten Sektors, sich der Gewinnmaximierung verschrieben habe. Schliesslich könne eine städtische Wohnbaupolitik ihres Erachtens nur legitimiert werden, wenn die Wohnungen, die von der öffentlichen Hand zum Kostenmietenprinzip angeboten würden, auch wirklich an die Personen vergeben würden, die auch wirklich darauf angewiesen seien. Dies werde aber zu weiteren Vorschriften führen.

Roger Liebi (SVP) *wundert sich über das relativ lange Votum von Stadtpräsidentin Corine Mauch, wenn man dies der relativ kurzen Antwort des Stadtrats zur Interpellation gegenüberstellt. Er wünscht sich, dass die Stadtpräsidentin ihre Aussage anlässlich der Beratung des Geschäftsberichts öffentlich wiederholt und sich dann im gleichen Mass für diese Thematik einsetzt.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

1756. 2011/263

**Dringliches Postulat von Bernhard Piller (Grüne) vom 06.07.2011:
Abbruch der Geschäftsbeziehungen mit der Firma Rosatom**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Bernhard Piller (Grüne) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1522/2011): Die Stadt Zürich ist Mitaktionärin des AKW Gösgen, welches sein Brennmaterial aus dem russischen Majak bezieht. Majak ist neben Tschernobyl und Fukushima der verstrahlteste Ort auf der Welt. Auch im laufenden Betrieb werden die Region und ihre Bevölkerung durch radioaktive Abgase und Abwasser weiter verstrahlt. Wer sich in die Lieferkette einer solchen Anlage einreicht, trägt eine Mitverantwortung für dieses Elend.

So lange AKWs betrieben werden, wird es auch Standorte geben, an denen Uran abgebaut wird und eine Wiederaufbreitung stattfindet. Dies spricht für einen möglichst raschen Ausstieg aus der Kernenergie. Auch ist im Kernenergiegesetz der Schweiz seit 2003 ein Wiederaufbereitungsmoratorium enthalten, welches den Bezug von wiederaufbereitetem Brennmaterial doppelt unverantwortlich macht. Vor rund einer Woche wurde zudem bekannt, dass nicht nur Gösgen schmutziges Uran aus Russland bezieht, sondern auch Leibstadt.

Es ist mir durchaus bewusst, dass die Stadt Zürich als Minderheitsaktionärin keinen grossen Einfluss auf die Bezugsverträge hat. Von einem Stadtrat, der sich für den Atomausstieg ausgesprochen hat, erwarte ich aber eine klare Positionierung in dieser Frage. Obwohl Verwaltungsratsmitglieder in ihrem Stimmverhalten an kein Mandat gebunden werden können, besteht trotzdem eine moralische Verpflichtung. Konkret heisst das für mich, dass die drei Zürcher Verwaltungsratsmitglieder in allen Gremien darauf hinwirken müssen, dass die Geschäftsbeziehungen zur Firma Rosatom, die Verbindungen zu Majak hat, abgebrochen werden.

Martin Bürlimann (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 24. August 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Dieses Postulat hat einen Haken: Nicht die Stadt Zürich ist Aktionärin, sondern das ewz mit 15 Prozent. Die Forderung der Grünen ist zudem aus unserer Sicht politisch motiviert. Schliesslich ist aber die Sache des ewz diese Frage zu beantworten und als Aktionärin entsprechend Einfluss zu nehmen. Untersuchungen in Majak laufen bereits. Sollten sich daraus Erkenntnisse ergeben, die einen Bezug von Brennmaterial nicht mehr vertretbar machen, wird das ewz dementsprechend handeln. Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen lehnt die SVP diesen Vorstoss ab.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Luchsinger (GLP) zitiert aus einer Reportage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über Majak: «Die alte Frau schreit fast. Verstehen Sie, was ich Ihnen sage? Schreiben Sie auch alles mit? Die Menschen in Europa sollen endlich wissen, wie es uns hier geht.» Der Artikel beschreibt eine Demonstration, an der die Menschen die Anerkennung als Strahlenopfer durch den russischen Staat fordern.

Die Liste der Sünden, die in Majak begangen wurden, ist lang. Der Kommentar des Stadtrats zu dieser Situation ist lapidar: «Aus heutiger Sicht ist der Betrieb in den Anfangsjahren der Anlagen in Majak ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Bevölkerung und die Umwelt unbegreiflich. Jedoch sind weder die KKG noch die Stadt Zürich für diese Umweltschäden verantwortlich.»

Die GLP ist da dezidiert anderer Meinung. Es ist klar, dass der Stadtrat für die Vergan-

genheit keine Verantwortung übernehmen kann, aber für die Beziehungen zum höchst problematischen Sublieferant sehr wohl. Mit der Transparenz nimmt es Majak auch nicht wirklich genau, wie die Ablehnung des Besuchs einer Axpo-Delegation und der Rückgriff des Stadtrats für Informationen über die Anlage auf Wikipedia beweist. Ein nachhaltiges Unternehmen hätte bei solchen Lieferanten die Geschäftsbeziehungen schon lange abgebrochen. Sich hinter dem Beteiligungskonstrukt zu verstecken, ist für die GLP unethisch und nicht nachhaltig. Denn wer mitentscheiden kann, ist auch mitverantwortlich. Daher bitte ich um Ihre Unterstützung für das Postulat.

Kyriakos Papageorgiou (SP): Auch die SP empfiehlt die Überweisung des Vorstosses. Wenn politische Motivation in diesem Gremium schlecht sein soll, muss ich davon ausgehen, dass die Motivation gewisser Leute in diesem Rat monetärer Natur ist. Russland würde ob einer solch gelenkten Demokratie frohlocken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler führt aus, dass die Antwort auf die Schriftliche Anfrage lediglich die darin enthaltenen Fragen beantwortet habe. Wenn also nach der Verantwortung des Stadtrats gefragt und diese verneint werde, könne man der Exekutive nun daraus keinen Strick drehen und behaupten, der Stadtrat fühle sich nicht verantwortlich. Die politische Motivation bei diesem Thema sei klar ersichtlich. Er versichere aber, dass auch der Stadtrat und die Verwaltungsratsmitglieder, die die Interessen der Stadt Zürich in Gösgen verträten, ein Gewissen hätten. Man sei bereits vor der Einreichung des Postulats im Verwaltungsrat vorstellig geworden, obwohl der Einfluss marginal sei. Zudem stehe man in der Axpo nicht alleine da und erhalte von diversen Seiten Rückendeckung, damit der Bezug des Brennmaterials über einen anderen Lieferanten erfolge. Dies passe aber nicht von heute auf morgen. Mit der Bereitschaft das Postulat entgegenzunehmen, signalisiere er zudem, dass es ihm mit dem Thema ernst sei.

Das Dringliche Postulat wird mit 81 gegen 28 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1757. 2010/203

**Dringliche Motion der Rechnungsprüfungskommission vom 21.04.2010:
Eigenleistungen der Stadt Zürich im Zusammenhang mit Grossanlässen und
Grossprojekten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Urs Egger (FDP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 5807/2010): Die Thematik des Vorstosses hat sich in der RPK in Zusammenhang mit der Euro 08 ergeben. Es wurde festgestellt, dass bei den Beiträgen an Dritte bei der Durchführung von Grossanlässen gewisse Unklarheiten bestehen und je nach Abteilung unterschiedliche Regeln angewendet werden. Unter anderem handelt sich dabei um die Verrechnung von Leistungen der Verwaltung und um den Gebührenverzicht. In diesem Zusammenhang stellte sich auch die Frage nach der jeweiligen Kompetenzgrenze. Dazu existieren verschiedene Beschlüsse. Die RPK hat daher angeregt, eine einheitliche Re-

gelung zu schaffen. Diesbezüglich hat sie mit der Verwaltung gesprochen, aber mögliche Lösungen kamen bisher noch nicht zustande. Daher beantragt Ihnen die RPK die Überweisung der Motion.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Für eine Regelung habe ich viel Verständnis, aber es ist nicht ganz einfach diese zu erarbeiten und dann auch anzuwenden, da unterschiedliche Gewichtungen zu den diversen Themen in den verschiedenen Dienststellen herrschen. Auch möchte der Stadtrat das Ganze elektronisch aufarbeiten können, sodass die Personen entlastet werden.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass die RPK dieser Angelegenheit eine gewisse Dringlichkeit zumisst. Wir würden diesen Vorstoss aber gerne als Postulat entgegennehmen, da wir davon überzeugt sind, dass wir bis zum nächsten Jahr eine Lösung präsentieren können. Zudem ist eine Dringliche Motion mit einem gewissen Grundaufwand verbunden, welcher zu einer temporären Stellenaufstockung führen könnte.

Dr. Urs Egger (FDP) ist nicht einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Dringliche Motion wird mit 111 gegen 0 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1758. 2008/319

Postulat der CVP-Fraktion vom 02.07.2008:

Volksschule, Auszeichnungen für ausserordentliche schulische Leistungen oder Projekte

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Christian Traber (CVP) begründet namens der CVP-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3303/2008): Die nun folgenden Vorstösse wurden von der CVP als Paket unter dem Titel «Das Kind im Mittelpunkt» eingereicht. Damit wollen wir die Ausgangslage und die Situation der Kinder in der Stadt Zürich verbessern.

Beim nun zur Diskussion stehenden Postulat geht es uns nicht um eine finanzielle Belohnung, sondern um immaterielle Werte. Denn leider fehlt die oft wichtige Anerkennung durch die Lehrpersonen. Keinesfalls soll aber nur noch Arbeit gegen Belohnung gefördert werden. Vielmehr soll den Schülerinnen und Schülern näher gebracht werden, dass es sich lohnt, sich über das übliche Mass hinweg zu engagieren und dass solche Leistungen auch einen speziellen Dank verdienen. Daher bitte ich Sie um die Unterstützung des Postulats.

Ruth Anhorn (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. September 2008 gestellten Ablehnungsantrag: Die Begründung des Vorstosses weist darauf hin, dass oft nur negative Vorfälle mit Schülerinnen und Schülern in den Medien thematisiert würden. Unseres Erachtens könnte ein Schulhausteam oder auch eine Schulklassen in der Form eines internen Wettbewerbs selbst aktiv werden und der Presse so ein positives Beispiel für die Berichterstattung liefern. Das Schülerparlament würde sicher auch noch ein paar Anregungen in diesem Bereich beisteuern. Die Schulhäuser haben zudem sicher die Möglichkeit, einen kleinen Betrag aus ihrem Budget für diesen Zweck einzustellen. Dazu braucht es keinen Vorstoss. Zudem soll nicht jede gute

Leistung eine spezielle Anerkennung erfahren. Daher lehnen wir das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Andrea Nüssli-Danuser (SP) erklärt, dass die Schule in erster Linie auf dem Leistungsprinzip beruhe. Mit ihrem Vorstoss beabsichtige die CVP nicht nur einzelne Schüler zu ausserordentlichen Leistungen anzuspornen, sondern ganze Klassen und Schuleinheiten.

Ihr gefalle, dass der Vorstoss die Kinder dazu auffordere, gemeinsam etwas zu erarbeiten. Mit der Belohnung habe sie aber ihre liebe Mühe. Gegen eine Belohnung in Form einer nachträglichen Überraschung, wenn tatsächlich etwas zustande gekommen sei, habe sie aber nichts einzuwenden. Sie sei zuversichtlich, dass die Pädagoginnen und Pädagogen mit dem Vorstoss etwas anfangen könnten, ohne dass das Leistungsprinzip auf die gesamte Schule umgemünzt werde. Aus diesen Überlegungen werde die SP das Postulat ohne grosse Begeisterung unterstützen.

Isabel Garcia (GLP): Der Vorstoss der CVP stösst bei meiner Partei grundsätzlich auf viel Sympathie. Allerdings sind wir der Ansicht, dass es bereits sehr viele solcher Veranstaltungen und Awards gibt. Ein städtisches Engagement ist daher nicht zwingend notwendig. Dass die negative Berichterstattung über das Verhalten der Schülerinnen und Schüler überwiegt, lässt sich mit diesem Postulat auch nicht ändern. Daher lehnen wir den Vorstoss ab.

Claudia Simon (FDP) nennt einige der bereits bestehenden sportlichen Angebote, deren Leistungen von den Eltern und der breiten Öffentlichkeit anerkannt sind (zum Beispiel «De schnällscht Zürihegel»). In der Schweiz seien aber Belohnungen für schulische Leistungen immer noch ein Tabuthema. Aus diesem Grund empfehle die FDP die Überweisung des Postulats. Zudem laute einer der Partei-Slogans der FDP: «Leistung muss sich lohnen.»

Roger Liebi (SVP): Ich weise Sie darauf hin, dass mit diesem Vorstoss nicht einzelne Schüler, sondern ganze Klassen und ihre Lehrpersonen belohnt werden sollen. In diesem Punkt weist die Argumentation der FDP einen Logikfehler auf, da dies zu einem eigentlichen Konkurrenzkampf zwischen den Lehrpersonen führen wird. Auf die Festlegung der Kriterien für eine Auszeichnung bin ich neugierig, da die Klassen in den Quartieren und Schulhäusern sehr unterschiedlich zusammengesetzt sind. Zudem ist die Lehrerbeurteilung lohnwirksam. Daraus resultiert dann die Frage, ob eine Lehrperson mit einer städtischen Auszeichnung besser ist als eine andere ohne Auszeichnung. Zudem befürchte ich, dass die Projektzahl zunehmen wird, da gewisse schulische Leistungen nicht gut gemessen werden können. Das ist nicht der Sinn und Zweck der Sache. Daher sehe ich das Postulat nicht als zielführend an.

Peter Küng (SP): Beim Vorstoss handelt sich meiner Meinung nach um einen effektiven Prüfungsantrag, den der Stadtrat entgegennehmen und schliesslich darüber entscheiden kann, was er damit genau machen will. Gute schulische Leistungen werden bereits mit guten Noten und guten Ausbildungsmöglichkeiten belohnt. Daher braucht es keine zusätzlichen Prämien. Zudem sollte kein Zwang zum Mitmachen propagiert werden. Auch befürchte ich zusätzlichen Druck auf die Schule von Eltern, Schulbehörden und Schulleitungen, die gerne gut da stehen wollen. Trotzdem empfehle ich Ihnen die Überweisung des Postulats.

Fabienne Nicole Vocat (Grüne): Das Ansinnen der CVP ist uns zwar sympathisch, aber da es bereits jede Menge Preise für die Schulen gibt, lehnen wir es ab. Ich arbeite selbst in einer Organisation, die solche Preise vergibt. Daher kann ich Ihnen glaubhaft versi-

chern, dass der bürokratische Aufwand dafür enorm ist. Die Grünen wollen mehr Geld in die Bildung investieren, aber nicht in solche Prämien und damit in den Ausbau der Schulverwaltung, die dafür nötig ist.

Claudia Simon (FDP): *Die SVP wünscht sich doch immer Wettbewerb. Weshalb soll dieser also nicht auch zwischen den Lehrpersonen stattfinden? Das ist bereits heute Tatsache.*

Roger Liebi (SVP) *findet immer noch, dass die FDP einen Denkfehler mache. Zudem wundere er sich über das Votum von Peter Küng (SP). Denn dieser halte die Forderung des Postulats gemäss seinen Überlegungen für nicht umsetzbar. Das erscheine ihm widersprüchlich. Seinen Ausführungen entnehme er, dass die SP das Postulat nicht einstimmig überweisen werde.*

Das Postulat wird mit 58 gegen 52 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1759. 2008/320

**Postulat der CVP-Fraktion vom 02.07.2008:
Renitente Schülerinnen und Schüler, Schaffung einer speziellen Institution**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Christian Traber (CVP) *begründet namens der CVP-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3304/2008): Den meisten von Ihnen dürfte bekannt sein, wie schwierig es ist, einen renitenten Schüler oder eine renitente Schülerin vorübergehend aus der Klasse auszuschliessen. Die Hürden dafür sind sehr hoch, auch wenn die ganze Klasse erwiesenermassen darunter leidet und an normalen Unterricht nicht zu denken ist. Mit dem Vorstoss sollen die Lehrpersonen nicht vor der Arbeit mit schwierigen Schülern bewahrt werden, sondern es geht darum, die betroffenen Mitschüler zu schützen beziehungsweise einen seriösen Unterricht für den Rest der Klasse zu ermöglichen. In der Stadt Zürich ist zudem ein unterschiedlicher Umgang mit solchen Situationen zu beobachten. Anscheinend kommt es vor, dass eine solche Schülerin oder ein solcher Schüler bis zu drei Monate in der Klasse mitgeführt werden muss, bevor eine vorübergehende Wegweisung ausgesprochen wird. Der Vorstoss fordert eine einheitliche Regelung für die ganze Stadt Zürich und zeigt einen möglichen Weg dafür auf. Daher bitte ich um Ihre Unterstützung.*

Fabienne Nicole Vocat (Grüne) *begründet den von Daniel Leupi (Grüne) namens der Grüne-Fraktion am 3. September 2008 gestellten Ablehnungsantrag: Spezielle Institutionen sind Sonderschulen und spezielle Klassen sind Kleinklassen. Beide haben einen Haken. Für die Zuweisung in die Sonderschule existiert kein Kurzverfahren, denn es braucht eine schulpsychologische Abklärung und bei einer Zunahme der Kleinklassen werden die Regelklassen immer grösser. Zudem verfügt der Kanton Zürich bereits über die höchste Sonderschulquote der Schweiz.*

Es existiert keine klare Diagnose für renitente Schülerinnen und Schüler, sondern es handelt sich lediglich um eine persönliche Einschätzung der jeweiligen Lehrperson. Ich gebe zu bedenken, dass es ein schwerer Eingriff in die Bildungsbiographie eines Kindes ist, wenn es in die Sonderschule oder in eine Kleinklasse eingewiesen wird. Dies soll sorgfältig überlegt sein und nicht in einem Schnellverfahren abgehandelt werden. Ein weiteres Problem sind die finanziellen Mittel. Ein Kind in einer Sonderschule kostet

pro Jahr zwischen 55 000 und 300 000 Franken, während ein normaler Primar- oder Sekundarschüler Kosten von 12 600 Franken verursacht. Mit diesem Geld wollen die Grünen lieber die Regelschule unterstützen und stärken. Daher lehnen wir diesen Vorstoss ab.

Ruth Anhorn (SVP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Seit der Einführung des neuen Volksschulgesetzes besteht die Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler bis zu drei Monate der Schule zu verweisen. Zudem kann die Schulpflege eine Wegweisung von bis zu zwei Tagen als Sofortmassnahme beschliessen. Die Verantwortung für die Betreuung und die Beschäftigung während dieser Zeit liegt gemäss der Verordnung bei den Eltern. Für die meisten davon betroffenen Schülerinnen und Schüler ist das schulfreie Zeit. Die SVP findet es gut, dass die so bestrafte Schülerinnen und Schüler keine schulfreie Zeit erhalten und schlägt Ihnen daher folgende Textänderung vor: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Stadt Zürich kostenneutral und ohne zusätzliche Stellen spezielle Institutionen geschaffen werden können (...) .» Mit dieser Ergänzung würde die SVP das Postulat unterstützen.

Weitere Wortmeldungen:

Mark Richli (SP): Die SP hat eine ähnliche Meinung wie die Grünen. Der Aufbau einer teuren Institution ist nicht sinnvoll. Die Problematik der schwierigen Kinder muss auf niederschwelliger Basis gelöst werden. Die Idee der SVP ist aus meiner Sicht nicht umsetzbar, denn es ist mir ein Rätsel wie eine neu geschaffene Institution kostenneutral sein soll.

Andrea Hochreutener (SP) hält den verwendeten Begriff «renitente Schülerinnen und Schüler» für sehr gefährlich, da das Verhalten der Kinder durch die Lehrpersonen unterschiedlich interpretiert werde. Zudem seien die Lehrpersonen für die Entwicklung der Kinder mitverantwortlich. Daher müsse die Beziehungsebene gestärkt und der Unterricht durch die Mitsprache der Kinder geprägt sein. Es sei ihr wichtig, dass für Problemkinder andere Lösungen als der Schulausschluss gefunden würden, da dieser der integrierten Förderung entgegenlaufe. Aus diesen Gründen lehne die SP das Postulat ab.

Isabel Garcia (GLP): Die vom Postulanten angeführten Gründe scheinen für die GLP plausibel zu sein. Wir halten es für richtig, dass Problemkinder ohne grossen bürokratischen Aufwand sofort aus der Regelklasse genommen werden können, damit diese ungestört weiterarbeiten kann. Zudem ist es wichtig, dass die ausgeschlossenen Kinder eine Struktur erhalten und weiterhin unterrichtet werden. Daher wird die GLP den Vorstoss unterstützen.

Claudia Simon (FDP) erläutert die Position der FDP, die der Ansicht ist, dass es bereits genug Möglichkeiten gebe, um renitente Schülerinnen und Schüler sofort aus dem Regelunterricht zu entfernen und sie geeigneten Institutionen zuzuführen. Daher lehne die FDP den Vorstoss ab.

Dr. Thomas Monn (SVP): Das vom Postulat angesprochene Problem ist an unseren Schulen äusserst ernst. Die Massnahmen haben die Aufgabe, den normalen Unterricht der Regelklassen sicherzustellen. Die ansteigende Gewalt und auch der zunehmende Vandalismus wirken sich negativ auf den Schulbetrieb aus. Schwierige Kinder führen zu Unruhe und zu einer Vielzahl von teuren sonderpädagogischen Massnahmen. Die Folgen davon sind Frustration und die negative Wahrnehmung der sich korrekt verhaltenden Schülerinnen und Schüler.

Die geforderte spezielle Institution erscheint uns sinnvoll. Die SVP ist aber der Ansicht, dass es dafür keine zusätzlichen Stellen braucht, sondern dies durch die Verschiebung

von bestehenden sonderpädagogischen Ressourcen erreicht werden kann. Zudem müssen die Eltern auf ihre Erziehungspflicht aufmerksam gemacht werden. Die SVP wird das Postulat daher nur mit der von ihr eingebrachten Textänderung unterstützen.

Marina Garzotto (SVP) wundert sich, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen, da es bereits eine notfallmässige Sofortmassnahme gebe. Störende Kinder könnten nämlich in den Hauptfächern im Einzelunterricht unterrichtet werden, sodass sie den Anschluss nicht verlören. Damit verfügten sie nicht über schulfreie Zeit. Sie selbst habe auch solche Kinder unterrichtet. Die Spezialklasse, in der mehrere solcher renitenter Kinder unterrichtet werden sollten, würde wahrscheinlich keinen Lehrer finden, da niemand eine solche Klasse unterrichten wolle.

Fabienne Nicole Vocat (Grüne): Meine Vorrednerin ist sich sicher dessen bewusst, dass der Einzelunterricht nicht kostenneutral ist. Zudem ist es naiv zu glauben, dass mit dem Ausschluss eines bestimmten Schülers sofort wieder in Ruhe in eine Klasse einkehrt.

Christian Traber (CVP) ist mit der Textänderung einverstanden: Die Erfahrungen zeigen, dass es sich meistens wirklich nur um einen einzigen Schüler handelt. Es ist aber auch klar, dass nach dessen Entfernung aus der Klasse ein anderer Schüler diese Position einnimmt.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Umsetzung unseres Vorstosses schwierig wird, wenn wir die Textänderung der SVP akzeptieren. Trotzdem sind wir damit einverstanden, da der Stadtrat mit dem Postulat lediglich einen Prüfungsauftrag erhält.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: Die Entgegennahme des Postulats ist aus Sicht des Stadtrats durchaus gerechtfertigt. Der Stadtrat spricht sich klar für die Integration in der Volksschule aus. Es ist zu beobachten, dass es immer mehr jüngere verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler gibt, die auch mit Unterstützung sehr schwer zu betreuen sind. Dafür gibt es diverse Gefässe, die solche Kinder für die Stadt Zürich betreuen. Wenn an der Integration in der Volksschule festgehalten werden soll, benötigen wir diese Ausweichmöglichkeiten weiterhin.

Einzelunterricht ist sehr aufwendig und teuer. Daher ist der Stadtrat bereit, zu prüfen, ob im kleinen und bescheidenen Rahmen ein weiteres Auffanggefäss für den Notfall geschaffen werden kann, sodass die betroffenen Kinder nicht mehr der Sonderschule zugewiesen, sondern in dieser speziellen Institution betreut werden können.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Stadt Zürich kostenneutral und ohne zusätzliche Stellen spezielle Institutionen geschaffen werden können, welche renitente Schülerinnen in einem Kurzverfahren innert 3 Wochen aufnehmen. Während des Besuchs dieser Institution soll abgeklärt werden, welche Massnahmen zusätzlich oder anstelle dieses Besuchs getroffen werden müssen. Zwischen der Regelklasse und dem Übertritt in diese Institution darf keine „schulfreie“ Zeit entstehen (kein Schulausschluss).

Das geänderte Postulat wird mit 44 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1760. 2008/321

Postulat der CVP-Fraktion vom 02.07.2008:

Sonderpädagogische Massnahmen, Abklärung und allfällige Stellenschaffungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Christian Traber (CVP) begründet namens der CVP-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3305/2008): Je früher mit der Therapierung eines Kindes begonnen werden kann, desto grösser sind die Heilungschancen. Dementsprechend fallen auch die Folgekosten tiefer aus. Die wichtigen Massnahmen sollten aus unserer Sicht früher eingeleitet werden können.

Fabienne Nicole Vocat (Grüne) begründet den von Daniel Leupi (Grüne) namens der Grüne-Fraktion am 3. September 2008 gestellten Ablehnungsantrag: Die Idee des Postulats ist gut, aber sie wurde nicht zu Ende gedacht. Es braucht nicht für jede sonderpädagogische Massnahme eine schulpsychologische Abklärung, sondern nur bei Uneinigkeit, Unklarheit und bei einer Sonderschulzuweisung. Die im Vorstoss genannten Wartezeiten sind völlig aus der Luft gegriffen und haben keine Grundlage. Die bestehende kantonal-rechtliche Grundlage verunmöglicht zudem eine Erfüllung des Vorstosses.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP) schliesst sich dem Votum von Fabienne Nicole Vocat (Grüne) an. Er könne nicht verstehen, weshalb der Stadtrat bereit sei, diesen Vorstoss entgegenzunehmen. Zudem nimmt er Bezug auf die Rolle der CVP in der Budgetdebatte, in der angekündigt wurde, dass Vorstösse, die zusätzliche Kosten verursachten, zurückgezogen würden.

Marc Hohl (FDP): Die langen Wartezeiten sind für die Betroffenen sicher sehr unbefriedigend. Die Forderungen des Postulats gehen der FDP aber zu weit. Auch mich erstaunt es, dass die CVP zusätzliche Stellen schaffen will. Das Problem muss in den Griff bekommen werden, aber nicht durch neue Stellen, sondern durch eine Reorganisation in der zuständigen Abteilung.

Isabel Garcia (GLP) stellt fest, dass die sonderpädagogischen Massnahmen in den letzten Jahren in allen Bereichen stark zugenommen haben. Ein Ende dieser Entwicklung sei leider nicht absehbar und die GLP sehe dies sehr kritisch. Die sonderpädagogischen Massnahmen seien zudem nicht nur teuer, sondern oft auch wirkungslos. Denn hinter dem unangepassten Verhalten der Kinder steckten oft erzieherische und/oder schulische Defizite, die damit nicht behoben werden könnten. Dafür brauche es klare Standards, Lernziele und wenn nötig gezielten Förderunterricht. Daher lehne die GLP das Anliegen der CVP ab.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Das Postulat wird von uns unterstützt, da es lediglich die Verkürzung der Wartezeit bis zur schulpsychologischen Abklärung fordert. Nicht jedes Kind, das abgeklärt wird, erhält schliesslich auch eine Therapie. Ich hoffe, dass bei der nächsten Budgetdebatte mit der Unterstützung der CVP auch die entsprechenden Gelder dafür gesprochen werden.

Mauro Tuena (SVP) äussert sich nicht inhaltlich zum Vorstoss der CVP, sondern spricht in erster Linie die Versprechen der CVP im Rahmen der Budgetdebatte an. Denn das vorliegende Postulat könne sicher nicht kostenneutral umgesetzt werden.

Fabienne Nicole Vocat (Grüne) weist Marc Hohl (FDP) darauf hin, dass mit einer Reorganisation keine zusätzliche Therapiestunde angeboten werden könne. Zudem sei bekannt, dass das Angebot im sonderpädagogischen Bereich auch eine entsprechende Nachfrage generiere. Das sei bewiesen. Bis jetzt habe aber noch keine Studie die Wirksamkeit von sonderpädagogischen Massnahmen nachweisen können. Das Gegenteil sei aber auch nicht der Fall.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber führt aus, dass Fabienne Nicole Vocat (Grüne) mit der rechtlichen Grundlage recht habe und dort kein allzu grosser Handlungsspielraum bestehe. Es sei aber richtig, dass beim schulpsychologischen Dienst Engpässe und dadurch Wartelisten bestünden. Wahrscheinlich sei dort eine temporäre personelle Verstärkung nötig. Dies werde aber im Rahmen der Budgetdebatte entschieden. Die Vorbehalte gegenüber den sonderpädagogischen Massnahmen könne er verstehen. Die Entscheidungsgrundlagen würden zurzeit erarbeitet und kämen ab 2013 zum Einsatz. Der Stadtrat sei aber bereit, das Postulat in Bezug auf den schulpsychologischen Dienst entgegenzunehmen.

Das Postulat wird mit 43 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1761. 2008/324

**Postulat der CVP-Fraktion vom 02.07.2008:
Kinder, Umgang mit Gefahren**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Christian Traber (CVP) begründet namens der CVP-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3308/2008) und zieht es zurück: Seit der Einreichung unseres Vorstosses wurde in diesem Bereich sehr viel gemacht. Daher ist die CVP bereit, diesen Vorstoss zurückzuziehen. Gleichzeitig möchte ich an dieser Stelle aber festhalten, dass wir in der Budgetdebatte nicht versprochen haben, alle unsere Vorstösse zurückzuziehen.

Mitteilung an den Stadtrat

1762. 2008/332

**Motion der CVP-Fraktion vom 02.07.2008:
Volksschule, Erhöhung der Anzahl Turnstunden**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Daniel Meier (CVP) begründet namens der CVP-Fraktion die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 3300/2008) und zieht sie zurück: Über 20 Prozent der Schulkinder sind bereits übergewichtig. Zudem waren 2008 rund ein Drittel der Kinder nicht in der Lage, einen Purzelbaum zu schlagen. Daher stellt sich nun die Frage, ob die Politik dem einfach tatenlos zusehen will. Aus diesem Grund haben wir diese Motion eingereicht. Seither hat das Sportamt in diesem Bereich viel gemacht. Zudem glauben wir an das Versprechen von Stadtrat Gerold Lauber, sich weiter in diesem Bereich zu engagieren. Auch ist uns klar, dass dieser Vorstoss hohe Kosten auslöst und die dafür nötigen Hallenkapazitäten nicht vorhanden sind. Aufgrund dieser Überlegungen ziehen wir den Vorstoss zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

1763. 2008/420

Postulat von Ueli Brassler (SD), vertreten durch Christoph Spiess (SD) und Christian Wenger (SD) vom 17.09.2008:

Volksschule, Erhalt der hiesigen Mundart

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Christoph Spiess (SD) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3520/2008):
Der Zugang zu einer fremden Gemeinschaft wird vor allem über die jeweilige Sprache sichergestellt. Die Sprache unserer Kulturgemeinschaft ist Schweizerdeutsch in all seinen lokalen Varianten und Nuancen. Im Allgemeinen schreiben wir aber nicht in unserer Sprach, dem Schweizerdeutschen, sondern in der Standardsprache, dem Hochdeutschen.

Unsere Muttersprache ist für unser Selbstverständnis und Selbstwertgefühl von grosser Bedeutung. Viele Zuwanderer versuchen sie daher zu erlernen, damit sie Zugang zu unserer Kultur und Gesellschaft erhalten. Das Postulat verlangt keinen Schweizerdeutsch-Drill in den Schulen, sondern lediglich, dass im Rahmen des Unterrichts auch der schweizerdeutsche Wortschatz gepflegt werden soll.

Die Pflege der einheimischen Sprache scheint ein Bedürfnis zu sein und ist nicht gegen die Fremdsprachen gerichtet. Die Politik sollte sich aus unserer Sicht diesem Anliegen nicht verschliessen. Daher finden wir es schade und verstehen es nicht, dass der Stadtrat dieses Postulat nicht entgegennehmen will. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber gibt zu, dass der Stadtrat nicht wisse, was er mit dem Vorstoss genau machen soll, da der Sprachunterricht eine kantonale Angelegenheit sei und die städtische Exekutive daher nur sehr marginal darauf Einfluss nehmen könne.

Die Schule sei der einzige Ort, an dem die Standardsprache, das Hochdeutsch, systematisch geschrieben und gesprochen werde. Der Dialekt sei vielmehr als Sprache der Integration zu verstehen. Zudem gehe er davon aus, dass heute mehr Dialekt gesprochen würde als früher. Aus diesen Überlegungen habe der Stadtrat den Vorstoss zur Ablehnung empfohlen.

Weitere Wortmeldungen:

Mark Richli (SP): *Die SP schliesst sich der Meinung des Stadtrats an und lehnt den Vorstoss ab. Denn es handelt sich hierbei um kantonales Recht, auf das der Gemeinderat keinen Einfluss hat. Zudem ist die Schriftsprache ausserordentlich wichtig.*

Ruth Anhorn (SVP) bezieht sich auf das Volksschulgesetz, wonach im Kindergarten teilweise und auf der Primar- und Sekundarstufe grundsätzlich die Standardsprache als Unterrichtssprache gelte. Nach der Volksabstimmung über die Verwendung der Mundartsprache im Kindergarten ändere sich dies nun zumindest auf der untersten Stufe. Dass die Standardsprache auf den anderen Schulstufen nicht immer konsequent angewendet werde, sei begreiflich und verständlich. Die Postulanten verlangten ausserdem, dass «Zürideutsch» gesprochen werde, was aber auch nicht alle Lehrpersonen in der Stadt Zürich beherrschten.

Im Sinne der Pflege der Mundart sei die SVP aber bereit, dieses Postulat zu unterstützen.

Severin Pflüger (FDP): *Wir haben eine Zweiklassengesellschaft. Diese setzt sich aus Leuten zusammen, die korrekt Schweizerdeutsch sprechen können und solchen, die*

dies weder zuhause noch in der Schule lernen. Letztere verfügen auf dem Arbeitsmarkt aus meiner Sicht über ein echtes Handicap.

Das Postulat verkennt leider, dass das Schweizerdeutsch etwas Dynamisches ist und will die Anwendung desselbigen genauestens regeln. Schliesslich muss sich aber jeder durch seine Sprache so ausdrücken können, dass die anderen ihn verstehen. Beispielsweise ertappe ich mich selbst immer wieder dabei, dass ich Wörter aus anderen Dialekten verwende.

Isabel Garcia (GLP) führt aus, dass die GLP das Gefühl habe, dass es sich bei dieser Thematik um einen Nebenkriegsschauplatz und ein Scheinproblem handle. Immerhin sei unsere Muttersprache Deutsch, die hoffentlich nach den Regeln des Dudens geschrieben und je nach Ort lokal eingefärbt gesprochen werde.

Für über 50 Prozent der neu in den Kindergarten eintretenden Kinder sei Deutsch aber die Zweitsprache. Leider sei zudem festzustellen, dass 17 Prozent der Schüler nach der sechsten Klasse die Lernziele im Fach Deutsch nicht erreicht hätten. Auch gebe es gar keine offizielle schweizerdeutsche Grammatik. Diese existiere nur für das Berndeutsche. Vor diesem Hintergrund sei die GLP der Ansicht, dass die Volksschule ihre Anstrengungen im Bereich Deutsch konzentrieren müsse. Dies sei schliesslich unsere Muttersprache. Daher lehne die GLP den Vorstoss ab.

Roger Liebi (SVP): *Es ist mir neu, dass Hochdeutsch meine Muttersprache sein soll. Für mich ist das Schweizerdeutsch, egal welcher Dialekt. Zudem wird mit der Überweisung eines Postulats der Postulatstext überwiesen und nicht die dazugehörige Begründung.*

Michael Baumer (FDP) bemerkt, dass die Begründung des Vorstosses gelesen werden müsse, weil ansonsten der Postulatstext unverständlich sei. Für ihn sei beispielsweise nicht klar, was mit hiesiger Mundart und deren Zerfall gemeint sei. Die Forderung der Postulanten entspreche seines Erachtens nicht den Tatsachen. Daher könne dieser Vorstoss nicht unterstützt werden.

Niklaus Scherr (AL) erkundigt sich, ob er sich mit dem hiesigen Dialekt nacherziehen lassen müsse (Anm. der Protokollführerin: Niklaus Scherr (AL) spricht Basler Dialekt).

Christoph Spiess (SD) stellt den Antrag, die Sitzung nach der Behandlung des vorliegenden Postulats zu beenden.

Er äussert sich enttäuscht über die bisherige Argumentation der Gegner des Vorstosses. Aus seiner Sicht sei das Postulat verständlich und deutlich. Die Begründung sei zudem als Erläuterung zu verstehen, die die Überlegungen, die zu diesem Vorstoss geführt hätten, darlege. Tatsache sei, dass über die Hälfte der jungen Leute in Zürich nicht in einem schweizerdeutschen Umfeld aufwachsen. Das sei einer der Gründe, weshalb eine Verarmung des Wortschatzes stattfinde. Zudem wolle man den Wandel der Mundart nicht unterdrücken, sondern den Zerfall derselbigen aufhalten.

Das Postulat wird mit 25 gegen 79 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1764. 2011/352

Postulat von Roger Tognella (FDP) vom 21.09.2011: Änderung von Art. 6 BZO, Realisierung von Kinderbetreuungsstätten auch bei Verletzung des Wohnanteils

Von Roger Tognella (FDP) ist am 21. September 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Art.6 der BZO dahingehend angepasst werden kann, dass Kinderbetreuungsstätten inskünftig auch bei Verletzung des Wohnanteils realisiert werden können.

Begründung:

Die steigende Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen ist eine Tatsache. Oft werden ihre Einrichtung oder ihr Ausbau jedoch unnötig durch nicht zeitgemässe Vorschriften be- oder sogar verhindert. Jüngstes Beispiel ist der geplante Hort neben der Schulanlage Ilgen, dessen Betrag vom Gemeinderat letzten November bewilligt wurde. Weil Kindertagesstätten nicht dem Wohnen zugerechnet werden, kommt es zum Konflikt mit den Bestimmungen über den einzuhaltenden Wohnanteil. Die Nichtwohnflächenanteile sind zudem oft so klein, dass die Einrichtung einer Kinderbetreuungsstätte gar nicht möglich ist (z.B. bei Wohnzonen mit 90% Wohnflächenanteil). Dabei ist es unbestritten, dass Kinderbetreuungsstätten möglichst nahe bei den Wohnungen, Kindergärten und Schulhäusern erstellt werden sollen. Hier ist dringender Handlungsbedarf. Der Bericht soll geeignete Massnahmen in der Stadt Zürich aufzeigen, dies auch nachdem der Regierungsrat eine Revision der kantonalen Bestimmungen (§ 49a PBG) abgelehnt hat (Vorlage 1573, Vorstoss Carmen Walker Späh, Abbau von Hürden bei der Einrichtung und beim Bau von Kindertagesstätten).

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 28. September 2011, 17:00 Uhr.